

Abg. Dr. Fleck verwies auf seinen Antrag vom 06.09.2007 zur Amtsenthebung des Wirtschaftsförderers, den er bereits zur letzten Sitzung des Kreistages gestellt und den der Landrat nicht zur Abstimmung gestellt habe. Der Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt veranlasse ihn, diesen Antrag erneut zu stellen. Sofern dieser Antrag wiederum nicht zur Abstimmung gestellt werde, bitte er dies in der Niederschrift aufzunehmen.

Der Landrat machte nochmals darauf aufmerksam, dass die beantragte Entscheidung nicht in die Zuständigkeit des Kreistages falle. Daher werde er den Antrag des Abg. Dr. Fleck erneut nicht zur Abstimmung stellen. Dies bitte er zu respektieren. Aus der Beantwortung seiner Anfragen gehe hervor, wie viel Arbeitsplätze seit vielen Jahren durch den tatkräftigen Einsatz des Wirtschaftsförderers im Rhein-Sieg-Kreis geschaffen worden seien. Auch auf Grund dieser Ergebnisse sei der Antrag des Abg. Dr. Fleck unzumutbar.

Die Mitglieder der Kreistagsfraktionen bekräftigten die Hinweise des Landrates durch Applaus.

Abg. Dr. Fleck verwies nochmals auf den Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt. Den Hinweis des Landrates könne er daher nicht nachvollziehen.

Abg. Finke verdeutlichte, dass die Haltung des Landrates gegenüber dem Wirtschaftsförderer auch durch den Kreistag deutlich zum Ausdruck gebracht werden sollte.

Dies wurde durch den Beifall der Mitglieder der Kreistagsfraktionen unterstützt.

Abg. Hartmann führte aus, dass die SPD-Kreistagsfraktion erst heute die Möglichkeit habe, zu dem Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt Stellung zu beziehen. Der Bericht sei im März 2007 unter Ausschluss der Kreistagsabgeordneten durch den Landrat den Medien vorgestellt worden. Einige Monate später sei der Bericht in einer Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses beraten worden. In der heutigen Kreistagssitzung sei die Abschlussberatung und Entgegennahme des Prüfberichts vorgesehen. Die SPD-Kreistagsfraktion sei der Auffassung, dass mit diesem wichtigen Dokument nicht richtig umgegangen worden sei. Der Bericht enthalte 450 Seiten fachkundige Beratung, Empfehlungen und Stellungnahmen der Prüfer/innen der Gemeindeprüfungsanstalt und umfasse einen Prüfzeitraum von 1 Jahr. Die Prüfer/innen seien weder in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses noch in der heutigen Sitzung des Kreistages anwesend bzw. anwesend gewesen. Ungeachtet der Entgegennahme des Prüfberichts durch den Rechnungsprüfungsausschuss sei die fachliche Debatte in den Fachausschüssen erforderlich und daher auch zu führen. Weiterhin führte er aus, dass der Landrat den Bericht als „gutes Testat der Gemeindeprüfungsanstalt für die Kreistagsverwaltung“ bewertet habe. Demgegenüber habe die CDU-Fraktion, insbesondere Abg. J. Becker im Rat der Stadt Siegburg zu dem Bericht dieser Gemeindeprüfungsanstalt über die Entwicklung der Schulden der Stadt Siegburg geäußert, dass der Prüfanstalt bei der Prüfung der Haushaltswirtschaft der Stadt Siegburg handwerkliche und systematische Fehler unterlaufen seien. Dies seien nicht nachzuvollziehende Widersprüche. Die SPD-Kreistagsfraktion sei überzeugt, dass die Gemeindeprüfungsanstalt durchaus in der Lage sei, ihre Aufgaben kompetent wahrzunehmen. Seine Fraktion bleibe dabei, dass dieser Bericht in den Fachausschüssen hätte diskutiert und beraten werden müssen. Weder der Kreistag noch die Ausschüsse dürften das Recht aus der Hand geben, über den Ressourcen- und Mitteleinsatz und über die Aufgabenwahrnehmung zu entscheiden. Dies habe aber der Rechnungsprüfungsausschuss mehrheitlich durch seine Beschlussempfehlung getan. Die Zustimmung zu der Beschlussempfehlung sei eine Blöße, die dem Kreistag nicht gut stehe. Der Bericht enthalte viele positive Aspekte und Ergebnisse, aber auch Kritik und Verbesserungsvorschläge. Die Wertung des Prüfberichts und seiner Aussagen sei Aufgabe des Kreistages bzw. seiner Ausschüsse. Der SPD-Kreistagsfraktion sei es durchaus möglich, in Folge unter Verweis auf den Prüfbericht die verschiedensten Anträge zu stellen. Dies werde die SPD-Kreistagsfraktion auch tun. Es hätte jedoch dem Kreistag und seiner Mehrheitsfraktion besser gestanden, dieses Recht in eine spätere Berichtspflicht der Verwaltung gegenüber den Fachausschüssen zu ändern. Gerichtet an den Landrat wies er weiter darauf hin, dass dieser als Vorsitzender des Kreistages Verantwortung für den Ablauf der Beratungen im Kreistag trage. Er frage sich, warum man die Ergebnisse nicht souverän behandle. Formal sei alles korrekt. Es sei aber nicht der richtige Weg, auf eine Beratung des Berichts in den Fachausschüssen zu verzichten. Die SPD-Kreistagsfraktion als Opposition sichere einen ehrlichen

Umgang in der Sache zu. Um eine Diskussion der kritischen Stellen des Prüfberichts sicher zu stellen, werde die SPD-Kreistagsfraktion Punkt für Punkt in die Ausschüsse bringen. Der Kreistag dürfe sich seiner Aufgabe, Entscheidungen zu treffen, nicht entledigen.

Abg. Griesert erwiderte auf den Beitrag des Abg. Finke, dass er eine Ehrenbekundung für den Wirtschaftsförderer in Form einer Resolution beantragen könne.

Abg. Döhl befürchtete, dass der Beitrag der SPD-Kreistagsfraktion dazu dienen solle, etwas in den Vordergrund zu stellen, was nicht dem Inhalt des Berichts der Gemeindeprüfungsanstalt entspreche. Der Rechnungsprüfungsausschuss habe u.a. empfohlen, die Verwaltung aufzufordern, dem Rechnungsprüfungsausschuss über die Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlungen der Gemeindeprüfungsanstalt laufend in regelmäßigen Abständen Bericht zu erstatten. Ferner sei die Gemeindeprüfungsanstalt zu bitten, nach erfolgter Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements im Rahmen der nächsten Prüfung die Umsetzung der Empfehlungen zu bewerten. Dies belege, dass der Bericht sehr ernst genommen werde. Der Beitrag des Abg. Hartmann, in dem zum Ausdruck gebracht werde, dass die Mehrheitsfraktion den Bericht nicht diskutiert haben wollte, entspreche nicht der Wahrheit. Kernaussage des Prüfberichts sei, dass man im Rhein-Sieg-Kreis mit dem Geld der Bürger und der Städte und Gemeinden - über die Kreisumlage - sorgfältig umgegangen sei. Die Belastung der Bürger und kreisangehörigen Städte und Gemeinden sei im Vergleich zu anderen Kreisen in Nordrhein-Westfalen gering. Bei allen weiteren Aussagen handele es sich um Einzelaspekte, die nicht den Blick auf die Kernaussage verstellen dürften. Der vorliegende Beschlussvorschlag zeige den richtigen Weg: Man stelle sich den positiven und negativen Aspekten des Berichts, bitte die Verwaltung um Vorschläge für die Zukunft, um das hohe Leistungsniveau zu halten, aber auch um Mängel zu beseitigen. Die Gemeindeprüfungsanstalt werde anschließend wieder eingebunden, um eine Bewertung vorzunehmen. Dies entspreche der Auffassung der CDU-Kreistagsfraktion und daher werde sie dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Abg. Pagels stimmte der von Abg. Döhl dargelegten Kernaussage des Prüfberichts zu. Die Vorlage der Verwaltung zur Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses habe die Mitglieder nicht interessiert. Stattdessen sei das weitere Verfahren strittig diskutiert worden. Letztlich sei dann die Empfehlung an den Kreistag beschlossen worden. Eine Diskussion über den Inhalt des Prüfberichts sei in der letzten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses nicht zustande gekommen. Es sei nach seiner Auffassung angemessen, nicht dem Rechnungsprüfungsausschuss über die Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlungen der Gemeindeprüfungsanstalt zu berichten, sondern den jeweiligen Fachausschüssen. Der Auffassung der CDU-Kreistagsfraktion könne er nicht zustimmen. Man müsse die gewollte Entscheidung jedoch zur Kenntnis nehmen. Die Mehrheit könne dies beschließen. Die FDP-Kreistagsfraktion hingegen schließe sich der Auffassung der SPD-Kreistagsfraktion an.

Abg. J. Becker führte aus, dass man, wenn man sich mit Prüfberichten befasse, berücksichtigen müsse, dass Prüfer u.a. die Aufgabe hätten, negative Entwicklungen bzw. Fakten zu suchen und zu dokumentieren. Und es sei Aufgabe des Kreistages bzw. der Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses, den Prüfbericht zu beurteilen und darüber zu diskutieren. So sei auch das jetzige Verfahren korrekt verlaufen. Die Aufregung, dass die Ergebnisse des Prüfberichts den Fachausschüssen vorenthalten worden seien, könne er nicht nachvollziehen. Sowohl die SPD- als auch die FDP-Kreistagsfraktion habe die Möglichkeit, zu den jeweiligen Sitzungen der Fachausschüsse entsprechende Anträge zu stellen und darüber hinaus Anfragen einzureichen, nicht genutzt. Es bleibe ihr überlassen, dies noch in Zukunft im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen zu tun. Das Verfahren bezüglich des Berichts der Gemeindeprüfungsanstalt zu kritisieren, sei völlig neben der Sache.

Abg. H. Becker wies darauf hin, dass die Rechnungsprüfungsausschüsse der Gemeinden und Städte die Berichte zur Kenntnis nehmen und die Inhalte bzw. Prüfbemerkungen diskutieren. Soweit dies nicht im Rechnungsprüfungsausschuss des Rhein-Sieg-Kreises geschehen sei, sei dies Sache des Rechnungsprüfungsausschusses, nicht der übrigen Ausschüsse des Kreistages. In den vorangegangenen Ausführungen sei hervorgehoben worden, dass die Opposition in ihren Möglichkeiten behindert worden sei. Er sei in der Rolle als Opposition ein durchaus erfahrener Mensch. Wenn die Behinderungen tatsächlich eingetreten wären, hätte man die Einberufung einer weiteren Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses beantragen können, in der die einzelnen Bemerkungen Punkt für Punkt

beraten worden wären. Ferner sei nicht nachzuvollziehen, dass die Fachausschüsse zuständig sein sollten. Selbst wenn Bemerkungen der Prüfungsanstalt einem bestimmten fachlichen Bereich zuzuordnen seien, sei nicht zwangsläufig die Zuständigkeit des Fachausschusses gegeben. Sofern die SPD-Kreistagsfraktionen der Auffassung gewesen sei, dass die im Prüfbericht enthaltenen Bemerkungen einer dezidierten Beratung bedurft hätten, hätte sie die ihr eingeräumten Rechte in Anspruch nehmen können. Das sei jedoch nicht geschehen. Stattdessen beharre man darauf, dass der Prüfbericht in den Fachausschüssen hätte beraten werden müssen. Diese Auffassung widerspreche darüber hinaus den Verfahrensweisen in Räten und anderen Kreistagen.

Abg. Hurnik lenkte nochmals die Aufmerksamkeit auf die Aufgaben des Rechnungsprüfungsausschusses und bemerkte, dass die SPD- und FDP-Kreistagsfraktion in diesem Ausschuss ihre Möglichkeiten hätten ausschöpfen können.